Morgen-Ausgabe
No. 495 — 58. Jahrgang

Berliner Volks-Zeitung

Erstes Beiblatt
Sonnabend, 22. Oktober 1910

Lokales

Die Nord-Südbahn und Tempelhof.

Wir haben bereits mitgeteilt, daß die Stadt Berlin die Nord-Südbahn im Zuge der Friedrichstraße vorläufig nur von der Seestraße im Norden bis zum Belle-Alliance-Platz bauen wird. Den Hauptgrund dafür, daß die Untertunnelung des Landwehrkanals und die Fortsetzung der Strecke bis zum Kreuzberg unausgeführt bleibt, gibt natürlich das Vorgehen der Gemeinde Tempelhof in der Frage des Ankaufs des westlichen Teiles des Tempelhofer Feldes ab. Dazu tritt noch die Erwägung, daß die Stadt Berlin nach dem bekannten Schiedsspruch für die Strecken der Nord-Südbahn, die auch von der großen Berliner Straßenbahn berührt werden, bis zum Jahre 1919 eine Entschädigung an diese Gesellschaft zu zahlen hat. Wird die Nord-Südbahn nur bis zum Belle-Alliance-Platz gebaut, so kommt für diese Entschädigung nur die Strecke von der Seestraße bis zur Weidendammer Brücke und von der Hochstraße bis zum Hallischen Tor in Frage.

Den Tempelhofer Gemeindevertretern war eingeredet worden, die Stadt Berlin sei verpflichtet, die Nord-Südbahn bis zum Kreuzberg zu bauen und dort den Anschluß für die nach Tempelhof führende Untergrundbahn zu gestatten. Jetzt, da man in Tempelhof sieht, daß es mit der Untergrundbahn nach Tempelhof seine guten Wege hat, herrscht in den Kreisen der dortigen Gemeindevertreter und der Hausbesitzer eine Katzenjammerstimmung. Dazu kommt, daß man sich vorrechnet, die Kosten der Kanalisation für das Tempelhofer Feld würden sich auf 6 bis 7 Millionen stellen, während bei einer Eingemeindung nach Berlin die durch Tempelhof führenden großen Berliner Kanalisationsanlagen hätten benutzt werden können. Die ärgste Mißstimmung wird aber in Tempelhof dadurch hervorgerufen, daß die Gesellschaft des Herrn Haberland mit der Bebauung des Tempelhofer Feldes an der Berliner Seite beginnen will. Die Hausbesitzer in Tempelhof befürchten mit Recht, daß ihnen dadurch eine sehr scharfe Konkurrenz bereitet wird, und daß ihre eigenen Wohnungen leerstehen werden, während sie ganz erhebliche Kosten zu der baulichen Erschließung des Tempelhofer Feldes beizutragen haben.

Es wird daher namentlich in dortigen Hausbesitzerkreisen auf das Eifrigste die Frage ventiliert, ob jetzt nicht Tempelhof von neuem an die Stadt Berlin wegen der Eingemeindung des ganzen Ortes in Berlin herangehen sollte. Man verhehlt sich freilich nicht, daß die Sache jetzt nach dem übereilten und unüberlegten Vorgehen des Gemeindevorstandes und der Gemeindevertretung ihre besonderen Schwierigkeiten hat. Zu der nicht geringen Entschädigung, die der Kreis Teltow verlangen wird, würde dann die ebenfalls sehr hohe Entschädigung treten, die an die Haberlandsche Gesellschaft zu zahlen wäre. In Berlin aber wird es vor allen Dingen keinen guten Eindruck machen, wenn man erfährt, daß durch das Vorgehen des Tempelhofer Gemeindevorstandes der Preis für den westlichen Teil des Tempelhofer Feldes ungeheuerlich hoch bis auf 72 Millionen Mark hinaufgetrieben worden ist, während die Taxe, die sich das Kriegsministerium von bausachverständiger Seite hatte aufstellen lassen, nur auf 64 oder 65 Millionen lautete. Noch vor einigen Wochen hätte die Gemeinde Tempelhof leicht die Eingemeindung in Berlin erreichen können; ob heute Berlin dazu geneigt sein wird, erscheint nach allem, was vorgegangen ist, noch sehr fraglich.

Der Berliner Stadtverordnete Imberg hielt im Haus- und Grundbesitzerverein „Südwest" einen eingehenden Vortrag über den Verkauf des Tempelhofer Feldes und die Untergrundbahn Nord-Süd. Bezüglich der Nord-Südbahn führte der Vortragende aus, daß das Projekt nunmehr feste Gestalt annehmen dürfte. Den Stadtverordneten sei eine ausführliche Vorlage über den Stand der Verkehrsfragen in Aussicht gestellt worden. Man werde sich also in nächster Zeit mit diesen Fragen eingehend beschäftigen und die erste Baurate für die Nord-Südbahn bewilligen. Die Schwierigkeiten, die bisher den Bau verzögert hätten, seien zum größten Teil beseitigt. Die Aufsichtsbehörden hätten vor einiger Zeit die Zustimmung grundsätzlich für die Linie durch die Friedrichstraße erteilt, damit sei das alte Projekt durch die Charlottenstraße gefallen. Die Pläne seien soweit ausgearbeitet, daß binnen kurzem mit den Arbeiten begonnen werden könne.

*

Ueber die auf dem Tempelhofer Feld zu befürchtende Bauspekulation verhandelte der Verein Berliner Wohnungsmieter in einer in Dräsels Festsälen abgehaltenen Versammlung. Die Herren H. Kötschke und Direktor Sebaldt beleuchteten die Frage durch zahlreiche Beispiele, wie sonst die Bodenspekulation die Häuser und Wohnungen verteuert hätte. Um ein Drittel könnten vielfach die Mieten in Berlin und den Vororten billiger sein, wenn eine wüste Spekulation den Boden nicht in der ungeheuerlichsten Weise in die Höhe getrieben hätte. Manche Gesellschaften, wie zum Beispiel die Haberlandsche Berlinische Bodengesellschaft, hätten sehr häufig 100 Prozent Dividende verteilt. In Charlottenburg zum Beispiel hätte sich der nackte Bodenwert in zehn Jahren nach Paul Voigts Berechnungen verfünffacht. Jedes Neugeborene oder jeder Zuziehende in Charlottenburg brächte den Grundbesitzern einen Verdienst von 2500 Mark ein. Das einzig Richtige sei, wenn das Tempelhofer Feld als dringend notwendige Freifläche erhalten bliebe. Wolle der Fiskus aber etliches verkaufen, so solle er es in eigener Regie tun, wie zum Beispiel in Dahlem. Dann könne der Fiskus hier zeigen, wie eine moderne Gartenstadt zu erreichen sei. Der Mieterverein sprach in einer Resolution die Erwartung aus, daß der Reichstag den Tempelhofer Handel nicht genehmigt.

Denkschrift über die städtischen Güter. Die Berliner Stadtverordneten ersuchten im April d. J. den Magistrat um eine Denkschrift über die Pläne für die in Aussicht genommene Ausgestaltung der Bewirtschaftung der städtischen Güter und Rieselfelder. Diese Denkschrift ist jetzt erschienen. Danach umfaßt der Landbesitz der Stadt Berlin 17 404 Hektar oder 69 600 Morgen, wovon 9241 Hektar zu Rieselfeldern eingerichtet und 4663 Hektar noch nicht aptiert worden sind. Die Kosten für diese Riesenfläche, einschließlich der Aptierung, Neubauten, Inventar stellen sich auf 69,8 Millionen Mark oder auf 1000 Mark pro Morgen. Davon kommen etwa 40 Millionen auf den ersten Erwerb und der Rest auf die Einrichtungen. Interessant ist, was die Denkschrift über den weiteren Ausbau der städtischen Landwirtschaft sagt: Um den Betrieb günstiger zu gestalten, ist eine Ausdehnung der Eigenschlachtungen in Aussicht genommen, die Gewinnung von Milch soll weiter gefördert, die Schweinezucht vermehrt, neue Arbeiterwohnungen erbaut, das selbst gewonnene Getreide soll in eigenen Mühlen vermahlen und zu Brot verbacken werden. Außerdem sollen die Weidenkulturen, die Grasgewinnung, der Anbau von Rüben und Mais weiter gepflegt und die Produkte möglichst an städtische Anstalten geliefert werden. Die Obstkulturen sollen erweitert, die Teiche durch Fischereipflege ausgenutzt und das Sägewerk durch einen Anbau erweitert werden, kurz, sämtliche Nebenbetriebe sollen in ausgedehnter Weise zur Verminderung der Betriebskosten herangezogen werden.

Arztwahl für das Virchowkrankenhaus. Der Berliner Magistrat wählte gestern zum dirigierenden Arzt der zweiten inneren Abteilung des Virchowkrankenhauses den dirigierenden Arzt der inneren Abteilung des Kreiskrankenhauses in Groß-Lichterfelde Professor Dr. Brandenburg, der damit die Nachfolgeschaft Professor Dr. Kuttners antritt. Professor Dr. Brandenburg, der im 41. Lebensjahre steht, wurde als erster Assistent des Professors Gerhardt von der zweiten medizinischen Klinik der königlichen Charité vom Kreistage des Kreises Teltow zum Nachfolger von Schweninger zum dirigierenden Arzt der inneren Abteilung des Kreiskrankenhauses in Groß-Lichterfelde gewählt. Er ist Herausgeber und Redakteur der Wochenschrift „Medizinische Klinik".

Aufstieg des P L 6. Der Motorballon P L 6 unternahm gestern nachmittag eine Probefahrt in Johannisthal. Oberleutnant Stelling und Regierungsbaumeister Hackstätter übernahmen die Führung und kurz vor 4½ Uhr erhob sich der Ballon in die Lüfte. Infolge der außerordentlich starken Böen mußte man jedoch von der geplanten größeren Fahrt Abstand nehmen, da das Luftschiff zu sehr abgetrieben wurde. Nach einigen Schleifen über den Flugplatz und Johannisthal landete der P L 6 deshalb wieder vor seiner Halle. Am Vormittag hatte bereits die erste Passagierfahrt stattgefunden, zu der sich sieben Personen gemeldet hatten; jedoch auch diese Fahrt mußte infolge des starken Windes nach einer halben Stunde vorzeitig beendet werden. Für heute ist ein neuer Aufstieg mit Passagieren vorgesehen.

Mit Hinterlassung einer Schuldenlast von dreißigtausend Mark ist seit einigen Tagen, wie wir erfahren, der Tischlermeister Karl Fröhlich aus Lichtenberg flüchtig. Die Kriminalbehörden haben bereits alle Maßnahmen getroffen, um den Flüchtigen wegen betrügerischen Bankerotts zu verhaften. Bisher ist keine Spur von Fröhlich gefunden worden. Vermutlich führt er auch zehntausend Mark in barem Gelde mit sich.

Tot im Riemeisterfee. Im Grunewald wurde gestern die Frau eines Hofapothekers aus Friedrichroda, die seit einiger Zeit verschwunden war, tot aufgefunden. Die Frau war nervenleidend und hielt sich mit ihrem Mann in einem Sanatorium in Zehlendorf auf. Das Ehepaar ging häufig spazieren und so lernte auch die Kranke den Grunewald kennen. Dieser Tage ging sie heimlich aus und kehrte nicht wieder zurück. Mit Hilfe des Polizeihundes Volo fand man ihre Leiche in der Nähe des Riemeisterfees in einem Tümpel, in dem sich die Kranke ertränkt hatte.

Eine betrunkene Geschichte. Im Monat August dieses Jahres torkelte eines Abends ein Mann durch die Inselstraße. Als er an einer Stelle stehen blieb und Aufsehen erregte, wurde er aufgefordert, weiterzugehen. Der Schwerbetrunkene wankte dann nach der anderen Seite hinüber, fiel vor einem Hause hin, raffte sich nach einem Weilchen wieder auf und ging weiter. Seitdem hat man nichts mehr von ihm gehört. Erst jetzt ist herausgekommen, daß jenem Betrunkenen damals 1800 Mark gestohlen worden sind. Die Diebin ist eine gewisse Martha Schmidt, die von der Kriminalpolizei festgenommen wurde. Sie hatte an jenem Abend einen Witterwenball besucht. In der Inselstraße sah sie den Betrunkenen hinstürzen und bemerkte, wie ihm dabei das Portemonnaie aus der Tasche fiel. Sie nahm das Portemonnaie auf und steckte es in die Tasche. Erst später sah sie, wie sie angibt, zu ihrem Schrecken, daß es einen Tausendmarkschein, sieben Einhundertmarkscheine und hundert Mark in Gold enthielt. Sie glaubte angeblich erst nicht an die Echtheit der Scheine und zeigte sie deshalb zur Prüfung einem Max Brunert, den sie in der Alexanderstraße traf. Als sie erfuhr, daß sie echt waren, gab sie dem jungen Mann vor Freude für seine Mühewaltung sofort 300 Mark. Brunert ließ sich nicht lange bitten, sich diesem freigiebigen Mädchen anzuschließen. Man machte eine gemeinsame Autofahrt durch Berlin, die ungefähr 700 Mark kostete. Nun handelte es sich darum, den Tausendmarkschein in kleines Geld zu verwandeln. Martha Schmidt traute sich nicht, ihn wechseln zu lassen, sie übergab ihn vielmehr zu diesem Zweck ihrer Freundin Irma P., die sie auf der Fahrt traf. Ihr schenkte sie so viel Vertrauen, daß sie ihr den Schein überließ, bevor sie eine „Harzreise" antrat. Nach der Reise wollte sie sich das Geld von ihr holen. Irma P. wagte aber auch nicht, mit dem Schein hervorzutreten, sie gab ihn vielmehr ihrer Mutter, einer Frau R. in der Kurfürstenstraße, damit diese ihn wechseln lasse. Als Martha Schmidt von der Harzreise „abgebrannt" zurückkehrte und die 1000 Mark holen wollte, erklärte Frau R., sie habe Gewissensbisse bekommen und den Schein verbrannt. Dagegen war nichts zu machen. Als aber die Freundschaft in die Brüche ging, versicherte Martha Schmidt, daß sie weder an die Gewissensbisse noch an das Verbrennen glaube. Bei dem Streit sprachen die Beteiligten lauter als nötig war, dadurch erfuhr auch die Kriminalpolizei von der Geschichte. Das Ende war, daß Martha Schmidt und ihre Freundin Irma P. jetzt festgenommen wurden. Es ist nicht das erstemal, daß die beiden derartige Streiche verübt haben. Merkwürdig aber ist, daß sich der Verlierer des Geldes nicht gemeldet hat.

Straßendurchbrüche im Osten Berlins. In der letzten Sitzung des Straßendurchbrüchevereins der Königstadt führte der Stadtverordnete Brunzlow unter anderem aus, daß jetzt die Baufluchtlinien der Straßendurchbrüche zur Verbindung der Josty straße mit der Mehnerstraße von allen Instanzen genehmigt seien und mit der Durchführung bald begonnen werden soll. Als Straßenland kommen hierbei die Grundstücke Mendelssohnstraße 3, Neue Königstraße 19 und 79, Georgenkirchstraße 14, 50 und 51, Friedenstraße 6 und 12 und Mehnerstraße 13 und 14 in Frage. In erster Linie handelt es sich um den Durchbruch von der Mendelssohnstraße nach der Neuen Königstraße. Dieser berührt in seiner Verlängerung mit der Josty straße bei der Prenzlauer- und Lothringerstraße das Scheunenviertel. Die Beteiligten hoffen, daß durch den Durchbruch die Aufschließung und Bebauung des Scheunenviertels wesentlich beschleunigt wird. Ferner wurde mitgeteilt, daß ein Projekt zur Verbreiterung der Neuen Königstraße in Bearbeitung sei, das demnächst den Magistrat beschäftigen dürfte.

Falsche Zweimarkstücke sind in letzter Zeit wieder einmal im Umlauf. Die Falsifikate tragen das Bildnis Kaiser Wilhelms II., die Jahreszahl 1902 und das Münzzeichen A. Sie sind durch Guß in einer nach einem echten Stück gefertigten Form hergestellt. Nach dem Guß hat die Versilberung stattgefunden.

Potsdamer Bahnhof—Johannisthal. Auf die um Verbesserung des Verkehrs auf der Eisenbahnstrecke Potsdamer Bahnhof—Johannisthal an die Eisenbahndirektion Berlin von dem Rixdorfer Grundbesitzerverein gerichtete Eingabe ist jetzt eine Antwort eingegangen, in der ausgeführt wird, daß die Abfahrtszeiten vom Potsdamer Bahnhof nicht geändert werden können, da die Züge auf der Strecke Potsdamer Bahnhof und Schöneberg in die einzigen noch vorhandenen Zuglücken gelegt worden sind. Die Durchführung der vom Potsdamer Bahnhof kommenden direkten Züge über Niederschöneweide und Grünau hinaus bis Königswusterhausen ist betrieblich und wegen der Zusammensetzung der verwendeten Wagenzüge, die auch als Ringzüge über die Stadtbahn verkehren müssen, nicht angängig. Die bisherigen Tarifsätze für den sich über Treptow bewegenden Verkehr zwischen Rixdorf und den Strecken nach Königswusterhausen können bis auf weiteres nicht aufgegeben werden. Die Berechnung über Treptow hat von jeher bestanden, und die Eisenbahnverwaltung kann auch in Zukunft auf den entsprechenden Fahrpreis nicht verzichten, wenn der Reisende diesen Weg benutzt. Den Arbeiterverkehr in den Morgenstunden beabsichtigt die Eisenbahnverwaltung durch Einlegung eines weiteren Zuges vom 1. Mai nächsten Jahres ab günstiger zu gestalten; gleichzeitig soll bis dahin geprüft werden, ob mit Beginn des nächsten Sommerfahrplanes die Anschlußbedingungen in Niederschöneweide ohne Schädigung anderer Interessen sich verbessern lassen.

Die „Bankierzüge" auf der Wannseebahn, die von Berlin bis Zehlendorf, Wannseebahn, ohne anzuhalten durchfahren und daher statt 23 nur 15 Minuten Fahrzeit haben, beabsichtigt schon früher gemeldet, die Herstellung von Verbindungsgleisen zwischen der Wannseebahn und der Potsdamer Fernbahn beim Bahnhof Zehlendorf, wo die „Durchgangszüge" von den Fernbahn- auf die Wannseebahngleise und umgekehrt übergeleitet werden. Zu diesen Gleisanlagen muß der Bahnkörper der Wannseebahn am Bahnhof Zehlendorf etwas verbreitert werden. Da wegen Herzgabe des in Anspruch zu nehmenden Landstreifens eine Einigung mit den Anliegern nicht erzielt worden ist, ist jetzt das Enteignungsverfahren eingeleitet und Termin zur Abschätzung der vom Fiskus beanspruchten Grundstücken anberaumt worden.

Kleine Notizen. Auf dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde wurde gestern nachmittag ein zweites Opfer der Brandkatastrophe in der Neuen Friedrichstraße, die 29jährige Plätterin Marie Fechtner aus der Büschingstraße 13 zur letzten Ruhe bestattet. Die Gedächtnisrede hielt der Berliner Stadtverordnete Waldeck-Manalle. An der Feier nahmen mehr als 200 Leidtragende teil. — Der Bund der Berliner Grundbesitzervereine hat in seiner letzten Sitzung es abgelehnt, zu der vom Berliner Magistrat vorgeschlagenen Lustbarkeitssteuer offiziell Stellung zu nehmen. — Herr Paul Müller, Inhaber einer Möbel- und Polsterwarenfabrik, Lebuser Straße 15, feiert heute sein fünfundzwanzigjähriges Geschäftsjubiläum.

Der Verein zur Speisung armer Kinder und Notleidender E. V. (begründet 1875) veranstaltet einen Basar vom 4. bis 7. November von 11 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends in den Festsälen des Architektenhauses, Wilhelmstraße 92/93. Viele Familien, durch Arbeitslosigkeit und Krankheit in Armut geraten, sehen dem kommenden Winter mit banger Sorge entgegen. Tausende von Kindern gehen nüchtern oder ungenügend gestärkt morgens zur Schule; in Hunderten von Familien mangelt's oft am Mittagbrot. Da will der Verein an seinem Teile der Not wie früher auch in diesem Jahre steuern helfen. Im Jahre 1909/10 waren es 249 Schulen mit zirka 7000 Kindern, die erstes respektive zweites Frühstück durch den Verein erhielten; 1109 Familien wurden mit Lebensmitteln unterstützt.

Die Eröffnung des „Clou", der in ein Konzerthaus verwandelten früheren Markthalle in der Zimmerstraße wird am 29. Oktober stattfinden. Den Anfang macht ein Gastspiel des aus 66 Mitgliedern des Mailänder Scalatheaters bestehenden Orchesters unter Leitung des von seiner Tätigkeit an der Berliner Komischen Oper bekannten Kapellmeisters Egisto Tango. Der Raum des städtischen Gebäudes ist nach Plänen des Architekten Johannes Kraaz durch die Firma Boswau u. Knauer vollständig umgestaltet und mit Malereien nach den Entwürfen von Professor Männchen versehen worden. Ein breiter Mittelgang, der die beiden Eingänge verbindet, teilt das Lokal, an dessen Längsseiten sich die Weinterrassen hinziehen; auf erhöhtem Podium sind die Bierabteilungen vorgelagert.

Das Aquarium im Zoo.

Das neue Aquarium im Zoo beschäftigte gestern den Berliner Magistrat. Er stimmte einem mit dem Aktienverein des Zoologischen Gartens vereinbarten Vertragsentwurf über die Gewährung einer Beihilfe seitens der Stadt Berlin zur Errichtung des Aquariums im Zoologischen Garten am Kurfürstendamm mit einigen Abänderungen zu. Der Aktienverein verpflichtet sich, das Aquarium zu errichten und den von ihren Lehrern und Lehrerinnen geführten Zöglinge der städtischen Schulen und derjenigen Schulen Berlins Umgebung, die von Berlin erhalten werden oder deren Patron der Berliner Magistrat ist, freien Einlaß und den Zöglingen sonstiger Berliner öffentlicher und privater Schulen Einlaß gegen ein erheblich ermäßigtes Eintrittsgeld zu gewähren. Mit Rücksicht auf den mit den Jahren ständig wachsenden Besuch durch die Berliner Schulen zum freien oder ermäßigten Eintritt und die in erweitertem Umfange der für die Schülerbesucher im neuen Aquarium in Aussicht gestellten Vergünstigungen, und mit Rücksicht auf die durch die Vermehrung des Tierbestandes, die Errichtung neuer Baulichkeiten bedeutend gesteigerten Unkosten hat der Magistrat außerdem auf Antrag des Aktienvereins Zoologischer Garten beschlossen, den ihm seitens der Stadt gewährten jährlichen Beitrag, der gegenwärtig 12 000 Mark beträgt, zu erhöhen.

Maltzahn gegen Becker.

(Telegraphischer Bericht.)

Greifswald, 21. Oktober.

Um 3¼ Uhr nachmittags wird die Verhandlung wieder aufgenommen. Der Angeklagte Becker steht ungemein leidend aus; er erklärt auf Befragen des Vorsitzenden, daß er verhandlungsfähig sei. Es wird hierauf Generalmajor v. Certzen als Zeuge aufgerufen. Dieser bekundet auf Befragen des Vorsitzenden: Ich bin bis vor einem Jahre Kommandeur des neunten Ulanenregiments in Demmin gewesen. Ich erlebte eines Tages, daß das Trompeterkorps meines Regiments im Kaisersaale in Grimmen Konzerte gebe. Ehe ich dem Trompeterkorps Urlaub erteilte, fragte ich beim Ortsvorstand oder bei der Polizei an, ob das Lokal, in dem das Konzert stattfinden sollte, sich eines guten Rufes erfreue, und ob nicht eine Kapelle im Orte sei, da ich nicht wünsche, daß das Trompeterkorps der Ortskapelle Konkurrenz mache. Ich hörte nun, daß Musikmeister Rüdemann bereits drei Abonnementskonzerte gegeben habe. Inzwischen wurde mir von meinem Adjutanten, Oberleutnant v. Kardorff, mitgeteilt, daß der Ruf des Kaisersaales nicht gut sei. Oberleutnant v. Kardorff teilte dies dem Musikmeister Rüdemann mit. Dieser war wohl der Meinung, der Regimentskommandeur verbiete die weiteren Konzerte. Ich hatte aber ein solches Verbot nicht erlassen, da die Mitteilung noch der Authentizität entbehrte. Ich fragte deshalb bei Herrn Landrat v. Maltzahn schriftlich an und erhielt zur Antwort, das Lokal habe keinen guten Ruf, selbst den dort seit einiger Zeit verkehrenden liberalen Herren, die dort ihre Versammlungen abhalten, sei es bisher nicht gelungen, den Ruf des Lokales zu heben. Da ich für meine Leute verantwortlich bin, so verbot ich die Fortsetzung der Konzerte. Es wurde mir mitgeteilt, daß es sich nur noch um ein viertes Konzert handelte, wozu die Billetts bereits verkauft seien. Ich gestattete daher die Abhaltung dieses Konzertes. Weitere Konzerte wollte Musikmeister Rüdemann selbst nicht haben, da er keine Geschäfte machte. Die Honoratioren von Grimmen mieden das Lokal. Nachdem die Angelegenheit längst geregelt war, wurde ich vom Kriegsminister aufgefordert, über den Grund des Verbotes Bericht zu erstatten. Ich tat dies sofort. Ich bemerke ausdrücklich, daß der Umstand, daß in den Lokal liberale Herren